

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN**

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Vorsteherin EFD
Bernhof
3003 Bern

Bern, 27. September 2024

Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2025

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) übermittelte der FDK den Bericht vom Juni 2024 über den Finanzausgleich 2025 zwischen Bund und Kantonen zur Stellungnahme. Wir unterbreiteten den Bericht gemäss gängiger Praxis¹ den Kantonsregierungen. Die FDK-Plenarversammlung sprach sich am 27. September 2024 über die Ergebnisse der Anhörung aus und äussert sich dazu wie folgt.

Sämtliche Kantone haben die für Ihren Kanton verwendeten Zahlen, im Besonderen jene des neuesten Bemessungsjahrs 2021, geprüft und zum Bericht Stellung genommen (siehe Beilage). Als einziger Kanton hat **Appenzell Ausserrhoden Anträge zu den Zahlengrundlagen** übermittelt. Erstens soll eine gangbare Lösung für die nachträgliche steuerliche Ausschöpfung von bereits gemeldeten Ressourcen eines anderen Kantons entwickelt werden und zweitens soll die konkrete Anpassung des Ressourcenpotenzials der Gewinne einer juristischen Person im Kanton AR erfolgen. Der Grund für diese Anträge ist ein Bundesgerichtsentscheid in der Frage einer interkantonalen Sitzbeanspruchung.

Wirtschaftlich mag die Situation für einen betroffenen Kanton ärgerlich sein, wenn sein Ressourcenpotenzial im Rückblick zu hoch erscheint. Für den Finanzausgleich ist jedoch die Situation zum Zeitpunkt der Datenextraktion relevant. Eine nachträgliche Berichtigung der Bemessungsgrundlage ist nicht vorgesehen. Dies ist auch bei Abweichungen zwischen provisorischen und definitiven Veranlagungen, bei Nachsteuerverfahren oder namentlich bei Verständigungsverfahren im internationalen Verhältnis der Fall. Aus Gründen der Praktikabilität und der Stabilität des Finanzausgleichsystems, sind gewisse Ungenauigkeiten in Kauf zu nehmen. **Die FDK schliesst sich damit der technischen Beurteilung der EFV und der Fachgruppe Qualitätssicherung an und gibt den Anträgen Kantons AR keine Folge.** Sie verschliesst sich jedoch nicht einer Prüfung der Frage im Rahmen des nächsten Wirksamkeitsberichts.

¹ Vgl. Botschaft zur Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs sowie zum Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Rahmen des Übergangs zur NFA vom 8. Dezember 2006 (BBI 2007 736 f.).

Mehrere Kantone haben sich auch zu Fragen der Wirksamkeit und möglicher Weiterentwicklungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs geäußert. Diese wurden im Rahmen der ordentlichen Prüfung der Datengrundlagen nicht weiter vertieft. Die Kantonsregierungen haben sich im Rahmen der Vernehmlassung zum Wirksamkeitsbericht am 21. Juni 2024 zu diesen Aspekten Stellung genommen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Der Präsident:



Regierungsrat Ernst Stocker

Der Generalsekretär:



Dr. Peter Mischler

Beilage

- Synopse der Stellungnahmen der Kantone zur Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2025

Kopie (Mail)

- Mitglieder FDK
- Sekretariat KdK

FDK / CDF	Finanzausgleich 2025 zwischen Bund und Kantonen. Stellungnahme zum Bericht der EFV	Plenarversammlung / Assemblée plénière	27.09.2024
		Traktandum	3 – Beilage 1

Geht an:	Mitglieder FDK
Datum:	13.09.2024

1. Ausgangslage

Die FDK führt im Zusammenhang mit der Festsetzung der Finanzausgleichstransfers jährlich eine Anhörung bei den Kantonsregierungen durch. Mit Brief vom 10. Juni 2024 bat die FDK die Kantonsregierungen um eine Stellungnahme bis 23. August 2024. Die Anhörung bezog sich auf die Datengrundlagen im Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2024 über den Finanzausgleich 2025 zwischen Bund und Kantonen. Die vorliegende Notiz fasst die kantonalen Stellungnahmen zusammen. Die Fachgruppe Qualitätssicherung befasste sich an ihrer Sitzung vom 2. September 2024 mit der technischen Beurteilung des Umfrageergebnisses.

2. Zusammenfassung

Es sind Rückmeldungen aus sämtlichen Kantonen zu den Zahlen 2025 eingegangen. Anträge zur Wirksamkeit und Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Finanzausgleichs sind nicht Gegenstand der Anhörung.

25 Kantone haben die im Bericht der EFV verwendeten Zahlengrundlagen der Bemessungsjahre 2019, 2020 und 2021 bestätigt oder ohne Änderungsanträge so zur Kenntnis genommen. Der **Kanton AR** stellt die folgenden **Anträge auf Änderung der Zahlengrundlagen**. Hintergrund der Anträge ist ein Urteil des Bundesgerichts (9C_591/2023).

- a) Für die Problematik der durch einen Kanton vorgenommenen nachträglichen steuerlichen Ausschöpfung von bereits gemeldeten Ressourcen eines anderen Kantons ist eine finanzpolitisch gangbare Lösung zu entwickeln (Problematik siehe Bundesgerichtsurteil 9C_591/2023 vom 2. April 2024, Erw. 4.4).
- b) Die im Ressourcenpotenzial von Appenzell Ausserrhoden gemeldeten Gewinne 2011 bis 2021 der vom BGE 9C_591/2023 betroffenen Gesellschaft in der Höhe von gesamthaft CHF 7'867'800 sind bei der Berechnung des Ressourcenindex von Appenzell Ausserrhoden nicht zu berücksichtigen, da die Ressourcenausschöpfung nachträglich durch einen anderen Kanton erfolgt. Die Gewinne der juristischen Personen des Bemessungsjahres 2021 sind um diesen Betrag zu reduzieren, wobei nur die Gewinne der Jahre 2020 (CHF 571'700) und 2021 (CHF 514'000) mit dem Faktor Zeta-1 zu gewichten sind.

Eventualiter:

Die im Ressourcenpotenzial von Appenzell Ausserrhoden gemeldeten Gewinnen der vom erwähnten Bundesgerichtsurteil betroffenen Gesellschaft mit steuerbaren Gewinnen von CHF 686'800 (2019), CHF 571'700 (2020) und CHF 514'000 (2021) sind bei der Berechnung des Ressourcenpotenzial von Appenzell Ausserrhoden nicht zu berücksichtigen, da die Ressourcenausschöpfung durch einen anderen Kanton erfolgte.

3. Stellungnahme der Kantone

Kanton	Stellungnahme zu den Zahlen 2025
AG 21.8.	<p>"(...) Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den Daten des Finanzausgleichs 2025. Die den Kanton Aargau betreffenden Datengrundlagen wurden soweit möglich geprüft und plausibilisiert. Dabei haben sich keine Hinweise auf Fehler oder Unklarheiten ergeben. Der Regierungsrat hat somit keine Bemerkungen oder Anpassungsanträge zum Bericht. (...)"</p>
AI 21.6.	<p>"(...) Die Ständekommission hat die Zahlen 2021 geprüft. Sie entsprechen den eigenen Berechnungen. Die Datengrundlagen für die Jahre 2019 und 2020 wurden summarisch überprüft. Es wurden keine Fehler festgestellt. Die Datenbasis 2021, die neu für die Berechnung des NFA 2025 beigezogen wird, ersetzt die Zahlen des Jahres 2018. Somit kommt der Mittelwert der Jahre 2019 bis 2021 zur Anwendung. Sämtliche gelieferten Zahlen zu den Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und der Gewinne der juristischen Personen 2021 konnten verifiziert werden. Die Ständekommission nimmt Kenntnis der Grundlagen für die Berechnung und erklärt sich mit den provisorischen NFA-Zahlen 2025 einverstanden. (...)"</p>
AR 15.8.	<p>"(...) Er hat festgestellt, dass die Berechnungen gemäss Bericht korrekt sind.</p> <p>Zusätzlich stellt der Regierungsrat folgende Anträge:</p> <p>a) Für die Problematik der durch einen Kanton vorgenommenen nachträglichen steuerlichen Ausschöpfung von bereits gemeldeten Ressourcen eines anderen Kantons ist eine finanzpolitisch gangbare Lösung zu entwickeln (Problematik siehe Bundesgerichtsurteil 9C_591/2023 vom 2. April 2024, Erw. 4.4).</p> <p>b) Die im Ressourcenpotenzial von Appenzell Ausserrhoden gemeldeten Gewinne 2011 bis 2021 der vom BGE 9C_591/2023 betroffenen Gesellschaft in der Höhe von gesamthaft CHF 7'867'800 sind bei der Berechnung des Ressourcenindex von Appenzell Ausserrhoden nicht zu berücksichtigen, da die Ressourcenausschöpfung nachträglich durch einen anderen Kanton erfolgt. Die Gewinne der juristischen Personen des Bemessungsjahres 2021 sind um diesen Betrag zu reduzieren, wobei nur die Gewinne der Jahre 2020 (CHF 571'700) und 2021 (CHF 514'000) mit dem Faktor Zeta-1 zu gewichten sind.</p> <p>Eventualiter:</p> <p>Die im Ressourcenpotenzial von Appenzell Ausserrhoden gemeldeten Gewinnen der vom erwähnten Bundesgerichtsurteil betroffenen Gesellschaft mit steuerbaren Gewinnen von CHF 686'800 (2019), CHF 571'700 (2020) und CHF 514'000 (2021) sind bei der Berechnung des Ressourcenpotenzial von Appenzell Ausserrhoden nicht zu berücksichtigen, da die Ressourcenausschöpfung durch einen anderen Kanton erfolgte. (...)"</p>

BE 21.8.	"(...) Unsere zuständigen kantonalen Fachämter haben die statistischen Grundlagen für die Berechnung des Ressourcenausgleichs (Steuerverwaltung) bzw. des Lastenausgleichs (Finanzverwaltung) des Kantons Bern soweit als möglich geprüft. In diesem Zusammenhang wurden grundsätzlich keine Mängel erkannt. Der Regierungsrat stimmt dem Bericht somit zu. (...)"
BL 15.8.	"(...) Wir haben die von uns gelieferten Zahlen für das Bemessungsjahr 2021 geprüft und plausibilisiert. Diese wurden korrekt hinsichtlich Finanzausgleich 2025 übernommen. Wir stellen keine Anträge. (...)"
BS 13.8.	"(...) Wir haben die im Bericht dargelegten Zahlen für den Kanton Basel-Stadt geprüft und keine Ungereimtheiten festgestellt. In technischer Hinsicht erscheinen uns die Berechnungen plausibel und wir nehmen sie zur Kenntnis. (...)"
FR 20.8.	<p>"(...) En matière de péréquation des ressources, l'analyse effectuée n'a pas révélé de différences significatives en ce qui concerne les données utilisées et les calculs effectués pour le canton de Fribourg. Ces données et calculs peuvent être considérés comme validés.</p> <p>Le constat est similaire pour la compensation des charges géo-topographiques et socio-démographiques. Les données de bases et les calculs relatifs à ces deux instruments peuvent être considérés comme approuvés par le canton de Fribourg.</p> <p>En ce qui concerne la compensation des cas de rigueur, les explications données et les chiffres communiqués n'appellent pas d'objection de notre part. Nous prenons acte de la diminution de 5 % des montants perçus et versés dans le cadre de cet instrument. Elle est conforme à ce qui est prévu par la loi sur la péréquation financière et la compensation des charges (PFCC, art. 19 al. 3).</p> <p>Pour ce qui est des mesures d'atténuation temporaires liées aux effets de la révision de la péréquation financière sur les cantons à faible potentiel de ressources, nous constatons que la dotation 2025 et la répartition des montants sont conformes aux prescriptions de la PFCC (article 19c). Elles peuvent être considérées comme validées par le canton de Fribourg.</p> <p>Enfin, les calculs relatifs aux contributions complémentaires sont conformes aux modalités prévues par l'ordonnance sur la péréquation financière et la compensation des charges (OPFCC). Ces calculs sont également approuvés par le canton de Fribourg.</p> <p>En résumé, les contrôles effectués dans le canton de Fribourg n'ont donc pas révélé d'éléments qui justifieraient une adaptation des chiffres 2025 de la péréquation financière entre la Confédération et les cantons. (...)"</p>
GE 23.7	<p>"(...) Les vérifications opérées par mes services permettent de conclure que les calculs du potentiel de ressources effectués par l'administration fédérale des finances (AFF) sont bien basés sur les données qui ont été transmises et respectent les formules de calcul de l'ordonnance sur la péréquation financière et la compensation des charges.</p> <p>Les contrôles réalisés sur les bases de données pour la compensation des charges liées à la structure sociodémographique permettent également de valider les calculs de l'AFF dans ce domaine.</p> <p>En conclusion, ces résultats permettent de valider les bases de calcul des chiffres de la péréquation financière pour l'année 2025 telles qu'elles nous ont été présentées dans le rapport de l'AFF. (...)"</p>
GL 13.8	<p>"(...) Wir haben die Daten des Kantons Glarus zum Finanzausgleich 2025 zwischen Bund und Kantonen summarisch geprüft und konnten keine Fehler feststellen.</p> <p>Wir danken für und vertrauen auf die wertvolle Arbeit der Bundesbehörden. Der Kanton Glarus nimmt die Berechnungen für den Finanzausgleich 2025 gemäss dem Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2024 zur Kenntnis. (...)"</p>
GR 13.8	<p>"(...) Das vorliegende Anhörungsverfahren zu den NFA-Zahlungen 2025 betrifft ausschliesslich die Korrektheit der verwendeten Datengrundlagen. Es geht nicht um eine politische Beurteilung der Verteilungsergebnisse und der Systemwirkungen. Die Prüfung auf Kantonsstufe umfasst vor allem die Steuerdaten des neuen Bemessungsjahres 2021 für den Ressourcenausgleich 2025 und für die Ergänzungsbeiträge 2025 zum Ressourcenausgleich.</p> <p>Die im Bericht "Finanzausgleich 2025 zwischen Bund und Kantonen" der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) vom Juni 2024 für den Kanton Graubünden verwendeten Steuerdaten des Bemessungsjahres 2021 hat die kantonale Steuerverwaltung geprüft, soweit ihr dies aufgrund der verfügbaren</p>

	Unterlagen möglich war. Die für den Kanton Graubünden verwendeten Steuerdaten sind gestützt auf ihre Beurteilung korrekt berücksichtigt. Auch die Ursprungsdaten und Ergebnisse des für Graubünden sehr bedeutsamen geografisch-topografischen Lastenausgleichs (GLA) sind nach unserer Beurteilung korrekt und plausibel. Wir sind mit den Berechnungen für den Finanzausgleich 2025 gemäss Bericht der EFV vom Juni 2024 einverstanden und stellen keine Korrekturanträge. (...)"
JU 13.8.	<p>"(...) Les chiffres 2025 sont influencés, plus encore que ceux de l'année dernière, par la prise en compte des données liées à l'application de la réforme fiscale des entreprises par les cantons. La détermination du potentiel de ressources issu des entreprises s'avère très différente, le potentiel ayant été réduit par un peu plus de la moitié au niveau suisse.</p> <p>Les données mises en consultation sont conformes à la tendance préalablement annoncée au printemps et aux informations transmises par l'administration jurassienne. Demeure réservée l'influence d'une éventuelle correction ultérieure par un autre canton ou la découverte d'une erreur de saisie ou de reprise des données fiscales de base.</p> <p>Alors que le canton du Jura occupe à nouveau la dernière place au niveau suisse en termes de potentiel par habitant et que l'écart par rapport au premier canton ne cesse de se creuser, le Gouvernement observe que le versement annuel ne progresse que de 4,5 millions de francs pour une dotation de base de la péréquation des ressources en augmentation de 7,3%.</p> <p>Des mesures urgentes s'imposent en vue de réduire les disparités de ressources entre les cantons, notamment pour ceux disposant des indices les plus faibles comme relevé dans le cadre de la consultation concernant le 4e rapport sur l'efficacité de la RPT. (...)"</p>
LU 19.8.	"(...) Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir den Bericht der eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) zum Finanzausgleich 2025 zwischen Bund und Kantonen zuhanden der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK) geprüft haben. Unsere Dienststelle Steuern hat die für den Kanton Luzern verwendeten Zahlen einer Qualitätssicherung unterzogen und kann deren richtige Übernahme bestätigen. Wir verzichten deshalb auf Anträge zum Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2025. (...)"
NE 21.8.	<p>"(...) Nous avons pris connaissance des calculs pour la péréquation des ressources, la compensation des charges et les mesures temporaires pour l'année 2025. Nous avons également examiné les données utilisées qui relèvent de notre canton.</p> <p>Nous constatons que les calculs ne présentent pas d'erreur et que les données fiscales et statistiques utilisées sont correctes. Nous pouvons dès lors vous confirmer que notre canton ne relève aucune incohérence dans le rapport mis en consultation. (...)"</p>
NW 2.7	"(...) Wir nehmen von den Berechnungen für das Jahr 2025 Kenntnis und haben keine weiteren Bemerkungen dazu. Die Daten unseres Kantons für das Jahr 2021 konnten wir anhand der vom kantonalen Steueramt gelieferten Steuerfaktoren verifizieren. (...)"
OW 21.8	"(...) Wir haben die Steuerzahlen des Kantons Obwalden in den uns vorliegenden Berechnungen der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) geprüft, insbesondere jene für das neu hinzugekommene Bemessungsjahr 2021. Die Berechnungen basieren auf den vom Kanton gelieferten Daten und sind aus unserer Sicht - soweit beurteilbar - korrekt erfolgt und nachvollziehbar. Der Kanton Obwalden stellt deshalb keine Anträge. (...)"
SG 15.8	"(...) Wir haben die im Bericht «Finanzausgleich 2025 zwischen Bund und Kantonen» der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) vom Juni 2024 veröffentlichten Beträge des Bundesfinanzausgleichs für das Jahr 2025 und die entsprechenden Datengrundlagen geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren Unterlagen möglich war. Bei der Kontrolle der von uns übermittelten Ursprungsdaten für den Ressourcenausgleich konnten keine Fehler festgestellt werden. Auch hat die Plausibilisierung der Ursprungsdaten der beiden Lastenausgleichsgefässe «Soziodemografischer Lastenausgleich» und «Geografisch-topografischer Lastenausgleich» keine Mängel zu Tage gebracht. Es liegen uns somit keine Hinweise vor, wonach die Ausgleichsbeträge zugunsten des Kantons St.Gallen für das Jahr 2025 fehlerhaft sein könnten. (...)"
SH 6.8.	"(...) Wir haben die Zahlen der Eidgenössischen Finanzverwaltung EFV zum Finanzausgleich 2025 zwischen Bund und Kantonen für den Kanton Schaffhausen plausibilisiert und für nachvollziehbar befunden. Einwände zu den Daten bestehen keine. (...)"

SO 9.8.	"(...) Wir danken Ihnen dafür und können Ihnen mitteilen, dass wir vom Bericht sowie den darin enthaltenen Zahlen Kenntnis genommen haben. Wir haben die Zahlen plausibilisiert und können die Berechnungen nachvollziehen. Weitere Bemerkungen haben wir keine anzubringen. (...)"
SZ 2.7	<p>"(...) Der Kanton Schwyz hat die Berechnungen geprüft und festgestellt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> – der Kanton Schwyz die richtigen Zahlen in der vorgeschriebenen Form geliefert hat; – die Berechnungen auf den vom Kanton Schwyz gelieferten Daten basieren; – und entsprechend davon auszugehen ist, dass die Berechnungen seitens EFV korrekt vorgenommen wurden. <p>Obwohl die Datengrundlagen insofern korrekt sind, kann der Regierungsrat die stark steigenden Zahlungen des Kantons Schwyz nicht gutheissen. Die stetig steigende Dotation des Ressourcenausgleichs strapaziert die interkantonale Solidarität stark und es sind Massnahmen an die Hand zu nehmen, um diesen Zustand zu korrigieren. (...)"</p>
TG 4.7.	"(...) Aus Sicht des Kantons Thurgau erscheinen die unterbreiteten Berechnungen und Daten nachvollziehbar und korrekt. Wir nehmen davon zustimmend Kenntnis. (...)"
TI 21.8.	<p>"(...) I dati utilizzati per determinare le quote perequative che spettano al Ticino secondo la legge sulla perequazione finanziaria sono stati controllati dall'Amministrazione cantonale e possono essere considerati corretti. Ritenuto inoltre che i dati di tutti Cantoni sono stati pubblicati solo dopo un attento esame del gruppo di lavoro "Qualitätssicherung", possiamo ritenere, in buona fede, che l'insieme delle valutazioni eseguite sia conforme ai criteri di qualità stabiliti nell'ordinanza concernente la perequazione finanziaria e la compensazione degli oneri.</p> <p>Confermiamo inoltre di avere esaminato i metodi di calcolo impiegati e anche da questo profilo non abbiamo osservazioni particolari da segnalare, vista la loro conformità all'ordinanza federale.</p> <p>In maniera generale, il Cantone Ticino tiene a ribadire quanto già espresso in più occasioni, ovvero la richiesta di tenere conto in modo maggiormente adeguato della reale situazione in cui si trova il nostro Cantone nel confronto intercantonale.</p> <p>Le specificità del Ticino, in quanto Cantone linguisticamente minoritario, situato in zona periferica e di frontiera e in quanto unico Cantone interamente collocato a sud delle Alpi dal punto di vista geografico, si declinano da una parte in maggiori oneri e costi rispetto al resto del Paese e, dall'altra, nella mancata possibilità di instaurare forme di cooperazione e sinergie con altri Cantoni in ambiti di importanza fondamentale.</p> <p>Il nostro Cantone esprime nuovamente l'insoddisfazione in relazione al modello attuale di calcolo dell'indicatore delle risorse, in particolare per quanto concerne l'inclusione dei redditi dei soggetti imposti alla fonte: mentre questi redditi sono considerati (anche se nella misura del 75%) nel numeratore per calcolare il potenziale risorse pro-capite, i soggetti che li generano non lo sono. Questo – considerando in particolare l'aumento annuale dei lavoratori frontalieri presenti sul territorio – genera un'importante sovrastima del potenziale pro-capite del nostro Cantone, che richiede delle correzioni:</p> <ul style="list-style-type: none"> • introducendo al denominatore del potenziale delle risorse anche i soggetti che generano l'imposta alla fonte, principalmente frontalieri; • oppure, limitando al massimo al 50% i redditi dei frontalieri considerati nel potenziale di risorse. <p>Teniamo a sottolineare che in quest'ambito anche la Conferenza dei Governi cantonali – nella propria presa di posizione del 21 giugno 2024 – chiede che il tema del reddito dei frontalieri nel potenziale delle risorse sia rivalutato, riconoscendo a larga maggioranza la necessità di un intervento per meglio perseguire gli obiettivi della perequazione finanziaria.</p> <p>Per quanto attiene alla compensazione degli oneri geo-topografici il nostro Cantone ritiene che l'impostazione attuale sia basata su un concetto non corretto di declivio che influenza in modo importante i calcoli perequativi. Lo scrivente Consiglio invita a considerare la proposta di modificare l'attuale indicatore concernente il declivio per il calcolo della compensazione degli oneri geo-topografici con uno volto a calcolare direttamente il declivio di un terreno indipendentemente dall'altitudine dello stesso. Riteniamo inoltre importante evidenziare che anche la Conferenza dei Governi cantonali, nella citata presa di posizione, ha esplicitamente richiesto di discutere e approfondire questo aspetto.</p> <p>A proposito della compensazione degli oneri sociodemografici, il Cantone Ticino è dell'opinione che attualmente la stessa corregge sostanzialmente soltanto gli oneri cui sono confrontati i Cantoni con grandi Città. Non tiene conto di altre circostanze oggettive che generano aggravii importanti come lo è</p>

	la situazione del Ticino che ad esempio ogni giorno è caratterizzato da un flusso importante di persone provenienti da oltre confine e la cui struttura demografica è contraddistinta da una quota superiore di popolazione anziana rispetto alla media svizzera. (...)"
UR 23.8.	"(...) Wir haben die zur Verfügung gestellten Daten - soweit möglich - geprüft. Dabei haben wir keine Mängel festgestellt. Der Regierungsrat hat den Bericht und die darin enthaltenen Erläuterungen und Zahlen bzw. Berechnungen für den Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2025 zur Kenntnis genommen und ist damit einverstanden.. (...)"
VD 14.8.	<p>"(...) Les données de base transmises par le Canton de Vaud ainsi que leur utilisation dans les calculs qui déterminent l'indice des ressources ont pu être contrôlées grâce aux informations figurant dans le rapport de l'Administration fédérale des finances (AFF) de juin 2024 ou au moyen des tableaux Excel mis à disposition par l'AFF sur son site internet.</p> <p>Dès lors, les chiffres 2025 pour le Canton de Vaud sont acceptés par le Conseil d'Etat, sous réserve des éléments suivants :</p> <ul style="list-style-type: none"> • dans l'hypothèse où une erreur devrait être découverte a posteriori, le Canton de Vaud se réserve la possibilité de faire valoir des corrections rétroactives, en se fondant au besoin sur les conditions posées par l'art. 9a PFCC ; • notre canton n'a la faculté de vérifier ni la qualité et l'exactitude des données de base des autres cantons, ni la reprise et l'utilisation correcte des données dans les calculs effectués par l'AFF. <p>Conclusion</p> <p>Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud accepte les chiffres présentés dans le rapport de l'Administration fédérale des finances (AFF) relatif à la péréquation financière 2025 entre la Confédération et les cantons, sous les réserves expressément mentionnées ci-dessus. (...)"</p>
VS 21.8.	<p>"(...) Après analyse et vérification par le Service de statistique et de péréquation, le Conseil d'Etat estime que les livraisons de données réalisées pour notre canton pour les calculations de la péréquation intercantonale 2025 sont correctes, sous réserve des informations déjà transmises concernant l'impôt à la source.</p> <p>Comme nous l'avons déjà relevé l'année dernière, nous sommes surpris par le fait que le canton du Valais ait vu son revenu déterminant 2020 augmenter considérablement en comparaison avec la moyenne des cantons suisses. Pour 2021, l'accroissement est toujours sensible (+2,9 %) par rapport à la moyenne nationale (+2,2 %), mais dans une moindre mesure. Comme relevé en 2023, nous mettons cet état de fait sur les conséquences du COVID-19, ce qui signifierait que le canton du Valais est le canton qui aurait été le moins touché en termes de revenus des personnes physiques durant les années pandémiques. Nous sommes persuadés que cette situation est passagère et qu'elle reviendra à la normale lors des prochaines livraisons de données.</p> <p>Le Conseil d'Etat prend acte des chiffres publiés et saisit l'occasion de la présente audition pour relever les éléments suivants.</p> <p>Pour 2025, nous constatons que les disparités entre les cantons à fort et à faible potentiel de ressources se sont à nouveau accrues puisque le volume du fonds a passé de 2,704 millions de francs en 2024 à 2,903 millions de francs pour 2025. Toutefois, et vu la raison précitée en matière de revenu déterminant des personnes physiques qui explique en grande partie le passage de l'indice de ressources du canton de 65,2 points en 2024 à 66,4 points en 2025, le canton du Valais voit sa part à la péréquation des ressources diminuer de quelque 20,6 millions par rapport à l'année en cours. Nous constatons par ailleurs que le canton de Berne voit ses recettes péréquatives s'accroître de quelque 132 millions de francs avec un indice de 73,6 points, après une hausse de 234 millions déjà en 2024. Si nous ne contestons pas le fait que le canton de Berne a vu les éléments déterminants de son assiette fiscale se péjorer par rapport aux autres cantons suisses, il est important de constater qu'un canton avec un indice de ressources de plus de 73 points voit l'aide de la péréquation augmenter de manière très sensible du fait que son indice de ressources est supérieur à la valeur seuil de 70 points. A l'inverse, les cantons du Valais et du Jura, dont les indices sont bien en dessous de 70 points, sont clairement défavorisés par la limite maximale de dotation des ressources fixée à 86,5 points.</p> <p>Nous demandons une nouvelle fois à ce que la limite minimale garantie de 86,5 soit revue et rehaussée, ou alors que le fonds des mesures d'atténuation soit sensiblement augmenté dès 2026. Toutes les modifications apportées au système de péréquation intercantonale au cours de ces dix dernières</p>

années ont clairement avantagé les cantons à fort potentiel, ainsi que la Confédération, au détriment des cantons à faible potentiel de ressources, et notamment les cantons aux plus faibles potentiels.

Une solution pourrait être l'introduction d'une flexibilité de la dotation minimale du fonds de péréquation des ressources, avec une limite minimale à 86,5 points lorsque les disparités entre les cantons se réduisent et à une limite minimale à 90 points par exemple lorsque les disparités entre les cantons augmentent, ce qui est majoritairement le cas au cours de ces dix dernières années. Cette flexibilité permettrait de moins pénaliser les cantons les plus faibles, notamment Valais et Jura, par rapport aux autres cantons à faible potentiel de ressources, avec des indices de ressources entre 75 et 85 points de la moyenne suisse, par exemple.

En tenant compte des mesures d'atténuation et grâce aux contributions complémentaires temporaires dans le cadre de la réforme fiscale des entreprises, la part totale nette à la péréquation fédérale diminue de quelque 6,25 millions de francs en 2025 pour le canton du Valais. Nous sommes d'avis que le montant total des contributions complémentaires, fixées à 180 millions de francs par année de 2024 à 2030, doit être augmenté chaque année afin de ne pas prêter encore plus les cantons bénéficiaires de ces mesures. En effet, les disparités entre cantons s'accroissant, les plus faibles sont pénalisés par la limite de dotation minimale fixée à 86,5 points. De plus, le montant de la contribution complémentaire temporaire étant limité à 180 millions par année, il n'est pas adapté à l'accroissement des disparités constaté entre les cantons à fort et ceux à faible potentiel de ressources.

Sans ces fonds de compensation provisoires, la majorité des cantons à faible potentiel est perdante des suites des modifications du système en 2020 d'une part et, d'autre part, des effets de la nouvelle réforme fiscale (RFFA).

Le Canton du Valais fait des efforts très importants en matière de développement de la formation (arrivée de l'EPFL, campus Energypolis), de création et de soutien à des start-up, d'investissements liés à la recherche dans des domaines comme l'énergie, la santé, le biomédical, de développements et d'investissements conséquents dans le développement du tourisme d'été par exemple, etc. et que finalement il se retrouve pénalisé par la dotation minimale alors qu'il est, malgré ses efforts, avant-dernier des cantons les plus faibles de Suisse. Les remarques émises dans le rapport sur l'efficacité concernant le fait que les cantons à faible potentiel devraient faire plus d'efforts pour devenir moins dépendant de la péréquation fédérale sont ainsi infondées. Les disparités qui s'accroissent chaque année démontrent, au contraire, que les cantons à plus fort potentiel deviennent de plus en plus riches. Il est ainsi normal que cette richesse soit redistribuée de manière très partielle aux cantons les plus faibles pour assurer un équilibre financier, fiscal et politique entre les cantons suisses.

Ainsi, bien que l'audition n'amène pas de remarque particulière en ce qui concerne le calcul des chiffres 2025 qui peuvent être validés, le Gouvernement valaisan réitère son inquiétude quant à l'avenir du système de péréquation fédérale et de son équilibre entre cantons contributeurs et bénéficiaires d'une part, et entre cantons bénéficiaires d'autre part.

Sachant que ces prochaines années verront également l'intégration de la nouvelle imposition minimale de l'OCDE, tant sur le plan fiscal que sur le plan péréquatif, le Conseil d'Etat invite la CDF et le Conseil fédéral à être attentifs à cette nouvelle situation et à soutenir de manière adéquate les cantons bénéficiaires de la péréquation financière qui seront peu avantagés par l'imposition minimale à 15 %. Certains cantons verront en effet leurs recettes fiscales augmenter une nouvelle fois de manière considérable et des compensations suffisantes devront être mises en place au niveau de la péréquation pour les cantons faibles afin de conserver une saine concurrence fiscale entre eux, mais également pour conserver un équilibre au niveau de la compensation des disparités entre ces mêmes cantons. L'avenir du fonds de compensation complémentaire devra aussi être discuté de manière approfondie dans le prochain rapport d'efficacité afin que les montants conséquents reçus par les quatre cantons de Fribourg, Soleure, des Grisons et du Valais en 2025 puissent être intégrés à la péréquation des ressources ou à la compensation des charges géo-topographiques par exemple. Sans ces recettes complémentaires, la situation financière du canton du Valais pourrait être mise en péril avec des recettes du fonds de compensation complémentaire prévues à plus de 100 millions de francs dès 2026. Il est donc important que des réflexions puissent être menées dès que possible afin de pouvoir prendre des décisions ou modifier d'éventuelles bases légales avant la fin des mesures compensatoires complémentaires prévues en 2030. (...)"

ZG 20.8.	<p>"(...) Die Zuger Steuerzahlen in den uns vorliegenden Berechnungen der EFV haben wir geprüft, insbesondere jene für das neu hinzugekommene Bemessungsjahr 2021. Die für den Kanton Zug aufgeführten Steuerzahlen sind nachvollziehbar und plausibel. Dies gilt auch für die Datenmeldungen von ehemals privilegiert besteuerten juristischen Personen. Wir haben auch ein Auge auf die Steuerzahlen der anderen Kantone geworfen, dies aber lediglich im Sinne einer groben Plausibilisierung, weil wir von jenen Kantonen keine Detailzahlen kennen. Auch die für die anderen Kantone aufgeführten Steuerzahlen erscheinen uns soweit plausibel. Ansonsten haben wir keine besonderen Feststellungen gemacht, d. h. der Bericht und die Zahlen der EFV scheinen uns aus steuerlicher Sicht plausibel.</p> <p>Der Beitrag des Kantons Zug an den nationalen Finanzausgleich (NFA) erhöht sich im Jahr 2025 erneut und zwar auf rund 431 Millionen Franken. Dies sind 48 Millionen Franken mehr als im Jahr 2024. 431 Millionen Franken entsprechen 3321 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Das ist der höchste Pro-Kopf-Betrag aller Kantone. Er ist mehr als doppelt so hoch wie derjenige des zweitplatzierten Geberkantons. Diese Zahlen zeigen einmal mehr, wie der NFA in die Finanzen des Kantons Zug eingreift. Mit den NFA-Zahlungen, dem Beitrag an die Direkte Bundessteuer und den AHV-Überschüssen leistet der Kanton Zug einen ausserordentlich hohen Beitrag an den bundesweiten Wohlstand und den nationalen Zusammenhalt. (...)"</p>
ZH 11.7.	<p>"(...) Wir haben die Datengrundlagen des Kantons Zürich für die Berechnungen des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs und die sich daraus ergebenden Ausgleichszahlungen für das Referenzjahr 2025 geprüft und konnten keine Unzulänglichkeiten feststellen.</p> <p>Im Namen des Regierungsrates des Kantons Zürich kann ich Ihnen mitteilen, dass die Berechnungen plausibel sind und wir keine Bemerkungen zum Bericht oder Anpassungsanträge haben. (...)"</p>